

Antwort vom 22.11.2016 auf Email vom 10.10.2015

MdB, CDU/CSU

Sehr geehrter Herr XY,  
vielen Dank für Ihre Zuschrift vom 10. Oktober 2016 zum Gesetz über die humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen. Ich danke Ihnen auch, dass Sie so offen über Ihr Schicksal und Ihre Erfahrungen berichten und damit auch anderen Betroffenen eine Stimme geben.

Die Stiftung Humanitäre Hilfe unterstützt derzeit mehr als 500 Personen mit durchschnittlich 1.328,97 Euro im Monat. Wie Sie bestätigen, sind diese Leistungen für die Betroffenen immens wichtig. Alle Beteiligten - Bund, Länder, pharmazeutische Unternehmen und Deutsches Rotes Kreuz – verfolgen deshalb mit Nachdruck das Ziel, die Stiftung langfristig fortzuführen.

Zum Stand der Gespräche und Verhandlungen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Im neuen Bundeshaushalt 2017 sind für den Fortbestand der Stiftung 2,0 Mio. Euro eingeplant. Das Bundesministerium der Finanzen plant außerdem gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit, über die Mittelfristige Haushaltsplanung ab 2018 die Finanzierung zu gewährleisten. Hierzu haben auch bereits Gespräche zwischen dem Gesundheitsministerium, der Stiftung und der Industrie stattgefunden. Die Länder haben das Thema ebenfalls in die Gesundheitsministerkonferenz eingebracht.

Im Kern verfolgen die Beteiligten zur weiteren Finanzierung der Stiftung folgende Überlegungen: Der Bund soll mit jährlich mehr als 40% zur Finanzierung beitragen. Die Länder sollen weiterhin 20% des Finanzbedarfs abdecken. Gleichzeitig sollen die pharmazeutischen Unternehmen für die nächsten 10 Jahre einen bedeutenden Anteil beitragen. Damit würde die Industrie ihrem sozialen und humanitären Engagement gegenüber den Betroffenen besonderen Ausdruck verleihen. Auch das DRK soll sich entsprechend beteiligen. Nach Ablauf der 10 Jahre sollen dann Bund und Länder die Finanzierungsaufgabe übernehmen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesen Informationen behilflich sein, und verbleibe mit freundlichen Grüßen